

Wirtschaftliche Auswirkungender EU-Stoffpolitik

Zusammenfassungzum BDI-Forschungsprojekt

ArthurD.LittleGmbH

Wiesbaden, 31. Oktober 2002

Wesentliche Ergebnisse

- Die Umsetzung der Idee des Weißbuches wird nach der vorliegenden Modellkalkulation für die deutsche Gesamtwirtschaft einen kumulierten Bruttowertschöpfungsverlust zwischen 0,4% und 6,4% bewirken
- Die genaue Höhe des Bruttowertschöpfungsverlustes ist von der Ausgestaltung der Verordnung zur EU-Stoffpolitik abhängig e-
- Die für die Ausgestaltung maßgeblichen Variablen sind:
 - die Kosten der Registrierung von Stoffen und Verwendungen,
 - die Zahl der durchgeführten Mehrfachregistrierungen,
 - der vom Registrierungs- und Zulassungsverfahren beanspruchte Zeitaufwand,
 - die Einbeziehung von Zwischenprodukten und Polymeren
 - der Umfang der Pflicht zur Offenlegung von Daten
 - die Beschränkung der Verwendung bestimmter besonders besorgniserregender Stoffe. e-
- Neben dem Verlust von Bruttowertschöpfung sind weitere Folgen zu erwarten, die zu einer reduzierten Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft führen können: r-
 - reduzierte Stoffzahl
 - reduzierte Innovation
 - reduzierte Investitionen
 - reduzierte Exporte
- Es wird daher für eine praktikable Ausgestaltung der EU-Stoffpolitik empfohlen:
 - möglichst geringe Kosten und geringer Aufwand des Verfahrens
 - Begrenzung der Zahl zu registrierender Stoffe und Verwendungen
 - Orientierung der Prüfung an konkreten Risiken
 - Kurze Zeitspannen für das Verfahren
 - Schutz von Firmen-Know-how
 - Sicherstellung von Planungs- und Rechtssicherheit

Ziele des BDI-Forschungsprojektes

Mit dem Weißbuch „Strategie für eine zukünftige Chemikalienpolitik“ hat die EU-Kommission die Grundlagen für eine neue Stoffpolitik in Europa formuliert. Um Klarheit über die Folgen des Weißbuchs zu erhalten und proaktiv Wege für eine praktikable Ausgestaltung der EU-Stoffpolitik aufzeigen zu können, hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Unternehmensberatung Arthur D. Little GmbH mit einer Studie zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Stoffpolitik beauftragt. Ziel der Studie war es, die Folgen der EU-Stoffpolitik auf die deutsche Wirtschaft einschließlich der kleineren und mittleren Unternehmen zu quantifizieren, und zwar in Abhängigkeit von der konkreten Ausgestaltung der Stoffpolitik.

n-

Was ist Stoffpolitik?

Stoffe sind die Bausteine jedes Produkts und jeder industriellen Tätigkeit. Es geht daher bei Stoffpolitik nicht nur um Produkte der chemischen Industrie. Der Begriff „Chemikalienpolitik“ ist daher mißverständlich. Das Weißbuch will alle Stoffe erfassen. Die EU-Politik berührt die gesamte Wirtschaft. Daher wird hier der Begriff „Stoffpolitik“ verwendet.

s-

Die bisherige Stoffpolitik

Die bisherige Stoffpolitik der EU weist folgende Charakteristika auf:

- Ansatzpunkt ist das Inverkehrbringen von Stoffen
- Deutlich unterschiedliche Behandlung von Altstoffen und neuen Stoffen in Bezug auf Anmeldeverfahren und dabei entstehende Kosten e-
- Hohe Kosten und hoher Zeitaufwand für neue Stoffe durch hohe Datenanforderungen für die Anmeldung, dadurch Hemmung von Innovation e-
- Niedrigere Kosten für Altstoffe, da in der Regel nur bereits vorhandene Daten übermittelt werden müssen
- Hersteller und EU-Importeure verantwortlich für die Bereitstellung der Stoffdaten, Risikobewertung durch die Behörden a-
- Pflicht zur Meldung von Informationen zur Verwendung, Exposition etc. liegt eher bei den Herstellern und Importeuren
- Prüfung und Bewertung von Stoffen auf Basis intrinsischer Eigenschaften
- Vielzahl inkonsistenter Regelungen über den Lebensweg eines Stoffes

Die neue EU-Stoffpolitik: Ziele und Kernpunkte

In den letzten Jahren wurde zunehmend in Frage gestellt, ob die bisherige Stoffpolitik dem übergeordneten Ziel der nachhaltigen Entwicklung gerecht wird. Als Leitlinien für eine neue Stoffpolitik sind verschiedene politische Ziele formuliert worden, insbesondere

- Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt
- Erhöhung der Informationsdichte über Stoffe (insbesondere Altstoffe)
- Erhöhung der Transparenz durch erleichterten Zugang zu Informationen über Stoffe für die Verbraucher

Diese Ziele sollen erreicht werden unter

- Wahrung und Förderung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Industrier der EU
- Vermeidung einer Aufsplitterung des Binnenmarktes
- Einhaltung aller von der EU im Rahmen der WTO eingegangenen internationalen Verpflichtungen
- Integration von Fragen der Stoffeicherheit in internationale Vorhaben

Im Kern sieht das Weißbuch der EU vor, Altstoffe und neue Stoffe in Zukunft in einem einheitlichen System zu unterwerfen und damit die bisherige unterschiedliche Behandlung von alten und neuen Stoffen zu beenden. Dies soll im Wesentlichen durch geschehen, dass die bereits für neue Stoffe geltenden Regeln mittelfristig auf die Altstoffe ausgedehnt werden sollen.

Im indirekten Vergleich zur bisherigen Stoffpolitik ergeben sich damit für eine auf den Vorschlägen des Weißbuchs basierendes System die folgenden Charakteristika:

- Ansatzpunkte sind Herstellung und Import von Stoffen
- Gleichbehandlung von Alt- und Neustoffen in Bezug auf Registrierungs- bzw. Zulassungsverfahren und dabei entstehenden Kosten
- Zusätzliche Kosten beim Einsatz der bisherigen Altstoffe, da für diese umfangreiche Informationen gesammelt werden müssen. Wenn diese Informationen bis zu einem festgelegten Zeitpunkt nicht geliefert, ist die Herstellung bzw. der Import des Stoffes bis zur Bereitstellung dieser Daten unzulässig
- Kostenreduktion bei neuen Stoffen durch verringerte Informationsanforderungen bei kleinen Produktionsmengen
- Verantwortlichkeiten: für die beabsichtigten Verwendungszwecke sind die Hersteller bzw. Importeure für die Bereitstellung von Informationen verantwortlich. Sie sind weiterhin für eine erste Risikobewertung und Vorschläge zum Risikomanagement zuständig. Die endgültige Bewertung und gegebenenfalls die Zulassung gefährlicher Stoffe liegt bei den Behörden
- Erhöhte Verantwortung nachgeschalteter Anwender: Sobald die Verwendung eines Stoffes nicht mehr von der Registrierung des Vorlieferanten gedeckt ist, muss der nachgeschaltete Anwender für die notwendigen Informationen sorgen
- Nachgelagerte Verwender können zur Durchführung zusätzlicher Prüfungen verpflichtet werden, wenn sich der Verwendungszweck oder die Exposition

stark von den ursprünglich vom Vorlieferanten registrierten Mustern unterscheidet. Betroffen sind somit, neben den Herstellern und Importeuren von Stoffen, auch die Industriennachgelagerter Verwender

- Zulassung: für bestimmte als besonders gefährliche eingestufte Stoffe wird die verwendungsspezifische Zulassung zum Regelfall, wenn diese Stoffe nicht ganz verboten werden
- Erweiterung der Offenlegungspflichten, um Verbrauchern und Verwendern von Stoffen sowie allen weiteren interessierten Kreisen höhere Transparenz zu gewährleisten

Das BDI-Forschungsprojekt zu den Auswirkungen der neuen EU-Stoffpolitik

Um die Unsicherheiten hinsichtlich der Auswirkungen der EU-Stoffpolitik auf die deutsche Wirtschaft zu reduzieren und eine praktikable Ausgestaltung der künftigen europäischen Gesetzgebung hinwirken zu können, hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) eine empirische Studie bei der Unternehmensberatung Arthur D. Little (ADL) in Auftrag gegeben.

Zielsetzung der Studie war die Abschätzung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Stoffpolitik. Ansatzpunkt war die Ermittlung der Schlüsselerfolgsfaktoren für die einzelnen Industrien auf Basis der Analyse von Wertschöpfungsketten. Daran anknüpfend wurden mögliche ökonomische Auswirkungen der EU-Stoffpolitik auf diese Schlüsselerfolgsfaktoren untersucht, um die für den Erfolg einer Branche wichtigen Effekte zu selektieren. Um auf Ebene der Branche auch eine tiefere Analyse sicherzustellen, wurden insgesamt drei Branchen für eine solche Detailanalyse ausgewählt, nämlich die Automobilindustrie, die Textilindustrie sowie die Elektrotechnik- und Elektronikindustrie.

Abbildung 1 beschreibt schematisch die bei der Abschätzung der Auswirkungen der EU-Stoffpolitik verwendete Methodik.



Arthur D Little

Abb. 1: Die drei Schritte der Abschätzung der Auswirkungen der EU-Stoffpolitik

Schritt1:AnalysevonWertschöpfungskettenundIndustrien

Im ersten Schritt wurden zunächst in etwa 50 Interviews und 20 Workshops Daten zu den Auswirkungen der EU-Stoffpolitik auf einzelne Wertschöpfungen und Industrienerhebungen sowie relevante Schlüsselerfolgskriterien ermittelt. Ausgangspunkt der Analyse war die Fragestellung, in welchem Umfang sich die EU-Stoffpolitik auf diese Schlüsselerfolgskriterien auswirkt (Abb. 2).

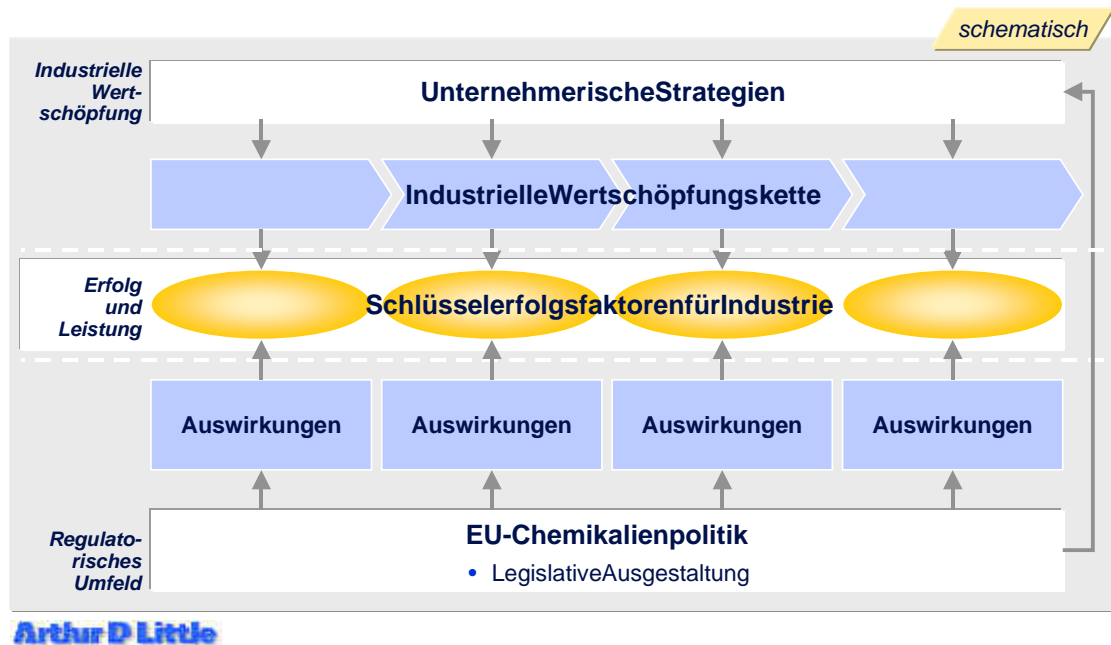


Abb. 2: Auswirkung der EU-Stoffpolitik auf Schlüsselerfolgskriterien der Industrie

Einbezogen wurden dabei unter anderem die Unternehmen BMW, Bosch, DaimlerChrysler, Epcos, Ford, Inboard, Infineon, Nordzucker, OEMETA, Osram, Saint-Gobain, Siemens, Südzucker und VW sowie verschiedene mittelständische Unternehmen und unterschiedlichste Verbände von Industrie und Handel. Besonders Augenmerk wurde auf die Einbeziehung von Verbänden kleiner und mittlerer Unternehmenseinheiten gelegt. Parallel dazu wurde untersucht, welche Rahmenbedingungen bei den Abschätzungen als konstant angenommen werden können und somit die Grundlagen zu jedem möglichen Wirkungsszenario bilden. Ebenfalls wurde ermittelt, welche Parameter erst durch die zukünftige Gesetzgebung zur Ausgestaltung der EU-Stoffpolitik festgelegt werden und deutliche Auswirkungen auf die deutsche Industrie vermuten lassen. Diese Parameter bilden somit die Variablen, über deren Festlegung jedes zutreffende Szenario definiert wird. Auf Basis der in den Befragungen erzielten Ergebnisse (Industriedaten, Szenariogrundlagen und -variablen) wurde ein empirisches Modell entwickelt, das die Berechnung von Produktionsveränderungen für einzelne Wertschöpfungsketten und Industrien in Abhängigkeit von verschiedenen Ausprägungen der Szenariovariablen erlaubt.

Schritt 2: Extrapolation auf das Verarbeitende Gewerbe

Im zweiten Schritt erfolgte anhand von Analogieschlüssen und Relevanzüberprüfung eine Extrapolation der Ergebnisse von den betrachteten Industriebranchen und Wertschöpfungsketten auf das gesamte Verarbeitende Gewerbe, wobei die

relative Bedeutung der einzelnen Branchen berücksichtigt wurde. Resultat war die relative Produktionsveränderung und Veränderung der Bruttowertschöpfung des gesamten Verarbeitenden Gewerbes.

Schritt 3: Extrapolation auf die gesamte deutsche Wirtschaft

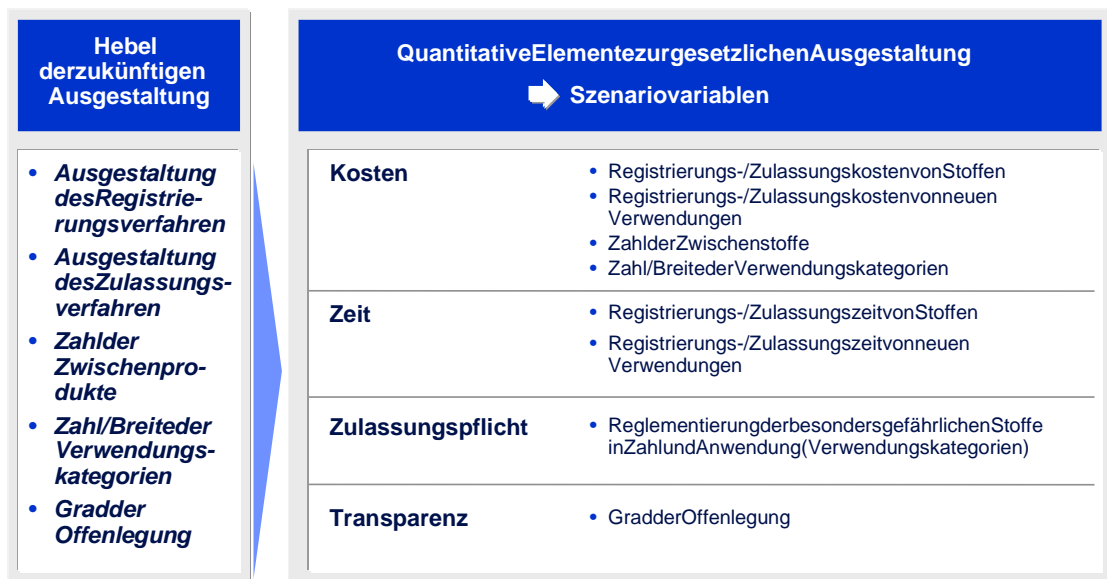
Im dritten Schritt wurde ausgehend von der Produktionsveränderung des Verarbeitenden Gewerbes die Produktionsveränderung der gesamten deutschen Wirtschaft abgeschätzt. Dabei wurde angenommen, dass sich die von den übrigen Wirtschaftszweigen als Input an das Verarbeitende Gewerbe gelieferten Vorleistungen proportional zu der Produktion des Verarbeitenden Gewerbes ändern. Resultat dieser Abschätzung ist die Veränderung der Bruttowertschöpfung der gesamten deutschen Wirtschaft.

Relevante Parameter

Erstes Ergebnis der Interviews war, dass die potenziellen Auswirkungen der EU-Stoffpolitik anhand von vier direkt von der zukünftigen gesetzlichen Ausgestaltung abhängigen Parametern beschrieben sind:

- der **Parameter Kosten** berücksichtigt alle durch die EU-Stoffpolitik auftretenden zusätzlichen Kosten bzw. Kosteneinsparungen (z. B. Kosten der Registrierung von Stoffen)
- der **Parameter Zeit** berücksichtigt zeitliche Effekte beim Einsatz von Stoffen und Zubereitungen (z. B. Zeitaufwand durch Registrierungsverfahren)
- der **Parameter Zulassungspflicht** berücksichtigt Einschränkungen in der Verwendung bestimmter besonders gefährlicher Stoffe
- der **Parameter Transparenz** berücksichtigt Effekte, die sich aus den Forderungen der EU-Stoffpolitik zur Offenlegung von Stoffdaten und ihren Verwendungen ergeben.

Jeder dieser Parameter kann sich prinzipiell sowohl positiv als auch negativ auf die Wirtschaft auswirken. Welche Richtung die Auswirkung annimmt, hängt von der Ausprägung der in Abb. 3 ebenfalls dargestellten Szenariovariablen ab.



Arthur D Little

Abb. 3: Parameter und Szenariovariablen zur EU-Stoffpolitik

Die wichtigsten Einflussfaktoren

Die Ergebnisse der Modellkalkulationen belegen, dass einiged ererkannten Szenariovariablen einensignifikanten Einfluss auf den zu erwartenden Produktions-/ Bruttowertschöpfungsverlust der deutschen Wirtschaft haben.

Zwei der drei wichtigsten Einflussfaktoren sind die **Registrierungskosten** (abhängig vom Umfang der notwendigen Industrie- sowie Behördenaufwendungen) sowie die Zahl der zu erwartenden **Mehrfachregistrierungen** (abhängig vom Grad der Konsortienbildung). Diese beiden Szenariovariablen beeinflussen signifikant die Kostenposition der deutschen Wirtschaft und können daher zu deutlichen Produktionsverlusten führen. Weiterhin ist der durch das Registrierungs-/Zulassungsverfahren bedingte **Zeitaufwand** hochrelevant. Von dieser Szenariovariable sind besonders innovative Industrien betroffen, da für diese auch eine vergleichsweise kurze zeitliche Verzögerung des Marktzugangs bereit sein einen entscheidenden Wettbewerbsnachteil darstellt.

Ein weitere wichtige Szenariovariable ist die Zahl zusätzlich notwendiger **Registrierungen von Verwendungen**, die u. a. von der Zahl der festzulegenden Expositionskategorien abhängt. Diese Variable beeinflusst direkt die Kostenposition. Ebenso wirkt sich die Gestaltung der Registrierungspflicht für **Zwischenprodukte** und **Polymere** stark auf die Kosten aus, da es hier zu einer Vervielfachung der Zahl an notwendigen Stoffregistrierungen kommen kann. Weiteresignifikante Verluste ergeben sich in Abhängigkeit von der Ausgestaltung des **Transparenzgebots**. Es besteht die Gefahr, dass Hersteller bzw. Importeure unter bestimmten Bedingungen eher auf die Belieferung von europäischen Kunden verzichten, um nicht wettbewerbsrelevantes Firmen-Know-how preisgeben zu müssen.

Als weitere Einflussfaktoren von geringer volkswirtschaftlicher Bedeutung sind die **Zulassungskosten**, die Zahl der **Mehrfachzulassungen** sowie die **Kosten zur Aufrechterhaltung** laufender Registrierungen zu nennen.

Schließlich hat die Ausgestaltung der **Zulassungspflicht** für bestimmte besonders gefährliche Stoffe einen deutlichen Einfluss auf den zu erwartenden Produktionsverlust, da einige Wertschöpfungsketten ohne den Einsatz dieser Stoffe nicht ausreicht zu erhalten sind.

Szenarien

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Stoffpolitik lassen sich sicherst bei Kenntnis der genauen Ausgestaltung konkret abschätzen. Um dennoch zum heutigen Zeitpunkt relevante Aussagen treffen zu können, wurden drei Szenarien entwickelt. Alle drei Szenarien liegen dem Weißbuch zugrunde; unterschiedlich ist jedoch die Ausprägung der daraus abgeleiteten Ausgestaltung der EU-Stoffpolitik.

Mit Hilfe der Modellkalkulation wurden für diese drei Szenarien die Produktionsverluste berechnet. Diese Werte sind zu verstehen als der kumulative Produktionsverlust innerhalb des Zeitraumes nach der Einführung und während der Anwendung des Verfahrens als Folge der jeweiligen Ausgestaltung der EU-Stoffpolitik. Die Verluste wurden als gewichtete Durchschnittswerte aller Industrien des Verarbeitenden Gewerbes ermittelt, reflektieren also sowohl Industrien, die besonders stark, je nach Ausgestaltung bis zur Existenzbedrohung, von der EU-Stoffpolitik betroffen sind als auch kaum beeinflusste Branchen.

Das Szenario „**Clouds**“ geht davon aus, dass die Ziele des Weißbuches auf möglichst praktikable Weise umgesetzt werden. Die Registrierungskosten werden nur bei der Hälfte der Weißbuch-Werte eingeschätzt, davon eine hohe Akzeptanz existierender Daten sowie einer Übernahme der Behördenkosten durch die EU ausgegangen wird. Auch im Hinblick auf die in diesem Szenario nicht erforderliche Registrierung von Zwischenprodukten und Polymeren sowie einen hohen Grad des Schutzes von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen stellt dieses Szenario aus Sicht der Wirtschaft eine eher praktikable Ausgestaltung der Weißbuchforderungen dar. Weiterhin wird die umfassende Bildung von Konsortien bei der Stoffregistrierung angenommen. Für dieses Szenario ergibt sich in der Modellkalkulation ein Produktionsverlust von 1,4% für das Verarbeitende Gewerbe. Die Extrapolation auf die gesamte deutsche Volkswirtschaft, in der die von den übrigen Wirtschaftsbereichen und das Verarbeitende Gewerbe gelieferten Inputs berücksichtigt sind, ergibt eine **Reduktion der deutschen Bruttowertschöpfung von 0,4%**.

Im Szenario „**Storm**“ wurden die Szenariovariablen so gewählt, wie es die Weißbuch-Vorgaben nahelegen. Dies gilt zum Beispiel für die angenommenen Kosten der Registrierung von Stoffen. Für Szenariovariablen ohne klare Vorgabe im Weißbuch wurde seitens der Ersteller dieser Studie eine Ausprägung zugrunde gelegt, die den formulierten Intentionen am nächsten kommt. So wurde in diesem Szenario zum Beispiel angenommen, dass eine weitgehende Pflicht zur Offenlegung von Stoffdaten und -nachbehördlichem Ermessen - auch von einigen Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen besteht. Auch in diesem Szenario wird umfassende Konsortienbildung bei der Stoffregistrierung angenommen. Dieses Szenario zeigt mit 7,7% bereits erheblich stärkere Verluste für das Verarbeitende Gewerbe als das Szenario „Clouds“. Für die Gesamtwirtschaft ergibt sich in der Modellrechnung hieraus in Deutschland ein **Bruttowertschöpfungsverlust von etwa 2,4%**.

Dem Szenario „**Hurricane**“ liegen Annahmen und Erfahrungen aus Industrie, Chemiehandel und Behörden zur bisherigen Praxis in der Stoffregulation zugrunde. So wurden zum Beispiel die Kosten für die Prüfung und Registrierung von Stoffen – basierend auf Erfahrungen mit bereits durchgeführten Tests von Neu- und Altstoffen – auf einen Wert in doppelter Höhe des im Weißbuch geschätzten Wertes angesetzt. Im Gegensatz zu den anderen beiden Szenarien wird in diesem Szenario angenommen, dass für einen Großteil der Stoffe Mehrfachregistrierungen nicht vermeidbar sind. Diese Annahme beruht auf den Ergebnissen einer von RPA bereits durchgeführten Pilotstudie, in der sich die Konsortienbildung als problematisch erwiesen hat. Des Weiteren wurde angenommen, dass für eine Vielzahl von bereits vorliegenden Daten keine behördliche Akzeptanz zu erzielen wird. Auch der Zeitverlust, der aus dem Registrierungsverfahren resultiert, wird in diesem Szenario aufgrund bisheriger Erfahrung der Industrie höher angesetzt als in den beiden ersten Szenarien. In der Modellkalkulation ergibt sich für dieses Szenario der höchste Produktionsverlust von etwa 20,2% für das Verarbeitende Gewerbe sowie dem daraus extrapolierten **gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfungsverlust von etwa 6,4%**.

Zusammenfassend zeigt die Modellkalkulation, dass selbst in dem aus wirtschaftlicher Sicht günstigsten Szenario „Clouds“ mit 0,4% ein Bruttowertschöpfungsverlust der deutschen Wirtschaft eintritt. Im mittleren Szenario „Storm“ steigt dieser Verlust bereits auf 2,4% an. Im Szenario „Hurricane“ schließlich nimmt der Bruttowertschöpfungsverlust eine Höhe von 6,4% an.

In erster Näherung ist mit diesem Bruttowertschöpfungsverlust ein gleichzeitiger Verlust an **Arbeitsplätzen** in gleicher prozentualer Höhe zu erwarten. Somit ergibt sich im Szenario „Clouds“ für die gesamte deutsche Wirtschaft ein Verlust von etwa 150.000 Arbeitsplätzen, der für das Szenario „Storm“ auf 900.000 Arbeitsplätze und für das Szenario „Hurricane“ auf 2.350.000 Arbeitsplätze ansteigt.

Weitere Folgen

Der zu erwartende Bruttowertschöpfungsverlust ist eng mit Einbußen auf anderen Gebieten verknüpft:

- Die zusätzliche kostenmäßige Belastung führt zu einer erheblichen **Wegfall von Stoffen auf dem Markt**, insbesondere im Bereich klein volumig produzierter Stoffe, das sich für diese die relativ größten Kostenerhöhungen ergeben. Der Wegfall von kommerziell verfügbaren Stoffen bedeutet auch einen Verlust von Optionen im Bereich Forschung und Entwicklung.
- Forschung wird in der Regel in räumlicher Nähe zur Produktion betrieben. Ein Verlust der Produktion ist somit mit einem Verlust an **Innovation** in Deutschland verbunden.
- **Investitionen** international agierender Unternehmen werden vordem Hintergrund langfristiger gesicherter Wettbewerbsfähigkeit getätigt. Deutschland wird je nach Ausgestaltungsszenario der EU-Stoffpolitik diese Bedingungen nicht erfüllen können; als Folge wird ein Rückgang der Investitionen (auch der ausländischen Direktinvestitionen) eintreten.

- Die reduzierte Produktion in Deutschland wird auch zu einer Verringerung der deutschen **Exporte** führen.
- Deutsche **Erzeugnisse** werden durch die stärker reglementierte Herstellung gegenüber Importen aus Staaten außerhalb der EU benachteiligt.

Die **Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit** der deutschen Industrie wird somit – im Gegensatz zu den explizit formulierten Ziel des Weißbuchs – nicht gewahrt oder gefördert, sondern verringert sich durch die zusätzliche Belastung aufgrund der neuen Stoffpolitik. a-

Handlungsempfehlungen

Die Modellrechnungen zeigen, dass bestimmte Ausgestaltungen der Stoffpolitik dramatische Folgen für die deutsche Wirtschaft haben und großes sozioökonomische Problem wie weitgehende Produktionsverlagerung und große Arbeitsplatzverluste mit sich bringen können. Umgekehrt bieten andere Ausgestaltungsmöglichkeiten die Chance, die Grundgedanken des Weißbuchs bei reduzierter Beeinträchtigung der deutschen Wirtschaft zu verwirklichen. i- z- g- n-

Grundsätzliches Ziel der europäischen Gesetzgebung muss sein, eine praktikable Ausgestaltung der EU-Stoffpolitik zu erreichen und damit die negativen Folgen für die deutsche Industrie zu minimieren. i- l-

Dies bedeutet unter anderem:

- Der **Aufwand** und die **Kosten** des Verfahrens müssen möglichst gering gehalten werden, um die Belastung der Wirtschaft zu begrenzen, ohne die Ziele des Weißbuchs aus dem Auge zu verlieren. Anstrebenswert sind z.B. e-
 - Begrenzung der Zahl der notwendigen Tests
 - Reduktion des unternehmensinternen und -externen Verwaltungsaufwands
 - Begrenzung der Kosten zur Aufrechterhaltung von Registrierungen
 - Weitgehende Berücksichtigung bereits vorhandener Informationen.
- Die Zahl der zu registrierenden Verwendungen lässt sich beispielsweise durch Einführung von **Expositionskategorien** begrenzen.
- Die Prüfung und Bewertung von Stoffen muss sich an **konkreten Risiken** und bereits bestehenden Maßnahmen ausrichten, um die Testressourcen optimal zu nutzen; eine ausschließliche Orientierung an intrinsischen Stoffeigenschaften oder Produktionsmengen kann nicht empfohlen werden.
- **Zwischenprodukte** und **Polymeres** sollten von der Registrierungs- bzw. Zulassungspflicht ausgenommen werden. s-
- Die für das Verfahren (Informations-/Datenbeschaffung, behördliche Bearbeitung) benötigten **Zeitspannen** bis zur beabsichtigten Herstellung oder Nutzung müssen kurz gehalten werden. Sie dürfen den Markteintritt neuer Produkte nicht verzögern. i-

- **Zulassungen** sollten risikobasiert, möglichst im Rahmen von Positivlisten für Verwendungsarten, erfolgen.
- Das **Prozess- und Produktwissen** der Unternehmen muss optimal geschützt werden – die Offenlegung erfolgt unter Beteiligung betroffener Unternehmen.
- Um den negativen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu begrenzen, sollte die EU **einheitliche Regelungen** für Stoffe anstreben.

Neben diesen Aspekten zur Umsetzung des Weißbuchs muss generell die notwendige **Planungssicherheit** und **Rechtssicherheit** gewährleistet werden. Dies bedeutet unter anderem, dass die **Präzisierung** der inhaltlichen und zeitlichen Eckpunkte der Idee des Weißbuchs zügiger erfolgt, dass einmal getroffene Entscheidungen konsequent beibehalten werden, dass **Stoffzulassungen zeitlich unbefristet** erteilt werden, dass auch für die Behörden **verbindliche Vorgaben** für die Fristen zur Registrierung gemacht werden und dass Widersprüche zu anderen Regelwerken vermieden werden.

In den Interviews wurden außerdem verschiedene weitere Hinweise zur Reduzierung der negativen Auswirkungen der EU-Stoffpolitik gegeben. So sollte die EU im Zusammenhang mit der Implementierung der neuen Stoffpolitik auch das erhebliche **Einsparungspotential** untersuchen, das in der **Integration** der verschiedenen derzeit gültigen Regelwerke liegt. Es muss vermieden werden, dass bestimmte Stoffe sowohl unter die Regelungen der neuen Stoffpolitik als auch unter bereits existierende Regelungen fallen, da derartige Doppelregelungen die Kosten und den Aufwand für die betroffenen Unternehmen erhöhen, ohne zusätzlichen Nutzen zu generieren. Zusätzliche Registrierungspflichten bei den nachgeschalteten Anwendern müssen gering gehalten werden. Schließlich werden **Vorab-Konsultationen** aller betroffenen Industrien empfohlen, in denen die Verordnungsentwürfe der EG europäischen Kommission diskutiert werden können.